

Stellungnahme Energienetze Steiermark GmbH

zum Entwurf der

Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018
(SNE-VO 2018)



1	Einleitung – Allgemeine Bemerkungen	2
2	Feststellungen EN zur SNE-VO 2018.....	2
2.1	Zu § 5 Abs. 1 Z 3 bis 7 „Netznutzungsentgelte NE3 bis NE7“	2
2.2	Zu § 5 Abs. 1 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke (Z8) vs. Netznutzungsentgelt für Regelreserve (Z9)	3
2.3	Zu § 10 Abs. 4 „Entgelt für Messleistung – intelligente Messgeräte“ (Z6)	4
2.4	Zu § 11 „Entgelte für sonstige Leistungen – tägliche Fernauslesung eines Lastprofilzählers § 16a ElWOG 2010“ (Z1)	4
2.5	Zu § 11 Abs. 1 „Entgelte für sonstige Leistungen - gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen gem. § 16a ElWOG 2010“ (Z5).....	5
3	Schlussbemerkung/Antragstellung.....	6

17. November 2017

1 Einleitung – Allgemeine Bemerkungen

Am 30.10.2017 wurde der Energienetze Steiermark GmbH (EN) - Geschäftsbereich Strom - seitens E-Control Austria (ECA) per E-Mail mitgeteilt, dass der Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-VO 2018) auf der ECA-Homepage veröffentlicht wurde und die Begutachtungsfrist bis zum 17.11.2017 läuft.

Auf Grundlage der nachfolgenden Ausführungen kommt die EN somit fristgerecht der Möglichkeit zur Stellungnahme nach.

2 Feststellungen EN zur SNE-VO 2018

2.1 Zu § 5 Abs. 1 Z 3 bis 7 „Netznutzungsentgelte NE3 bis NE7“

Der vorliegende Entwurf der Netznutzungsentgelte wurde seitens EN im Detail analysiert, wobei Tarifüberlegungen aufgrund des nicht verfügbaren gesamten Tarifierungsmengengerüsts für den Netzbereich Steiermark (Netzabgabemengen und Kostenbasis der Verteilnetzbetreiber über 50 GWh) nur auf Basis der Daten von EN durchgeführt werden können. Im Zuge der endgültigen Festlegung der Netzentgelte für den Netzbereich Steiermark, ist die EN gerne bereit - auf Basis der anerkannten Netzkosten - bei der Netzentgeltfestlegung auf Basis der SNE-VO 2018 mitzuarbeiten.

Einleitend ist anzumerken, dass die signifikanten Netztarifierhöhungen im Netzbereich Steiermark gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer deutlichen Erhöhung der NE1/NE2 Netztarife und der damit verbunden Erhöhung der vorgelagerten Netzkosten aus dem Höchstspannungsnetz verursacht werden. Wie auch in den Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf angemerkt, ist die Erhöhung der Entgelte nicht auf eine Kostenerhöhung der EN zurückzuführen. Ohne Erhöhung der NE1/NE2 Netztarife (von EN nicht beeinflussbar) wäre eine Netztarifsenkung im Netzbereich Steiermark zu erwarten gewesen. In den Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf der SNE-VO 2018 ist angeführt, dass die Erhöhung aus einem deutlichen Anstieg der erwarteten Kosten zur Vermeidung von Engpässen im "Netzbereich Österreich" (APG) resultiert. Die Netzbereiche Tirol und Vorarlberg sind davon allerdings nicht betroffen, wodurch sich aktuell starke Tarifänderungen (-4,5% bis +24,7%) und damit verstärkte Tarifspreizungen zwischen den einzelnen Netzbereichen ergeben.

Aufgrund der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an Verteilnetzbetreiber sowie unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung aller Systembenutzer, der Kostenorientierung und weitest gehenden Verursachungsgerechtigkeit - siehe ElWOG 2010 § 51 (1) - sind zur Gewährleistung einer zukunftsorientierten Netztarifstruktur die Grund-/Leistungsanteile der Systemnutzungsentgelte weiterhin stärker zu betonen.

Die in den letzten Jahren seitens ECA vorgenommenen schrittweisen Anpassungen der Leistungsanteile sind grundsätzlich zu begrüßen. Für NE7 gemessen liegt allerdings der prozentuelle Leistungspreisanteil im Netzbereich Steiermark im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt mit rd. 28% an der unteren Grenze (österreichweite Bandbreite: 25%...43%). Des Weiteren liegt der prozentuelle Leistungspreisanteil für NE7 nicht gemessen im Netzbereich Steiermark im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt mit rd. 14% ebenfalls an der unteren Grenze (österreichweite Bandbreite ohne Kleinwalsertal: 12% ... 22%).

Demnach ist eine erlösneutrale Anpassung des Leistungspreisanteils für den Netzbereich Steiermark an die österreichischen Durchschnittswerte in der SNE-VO 2018 bzw. eine weitgehend österreichweite Harmonisierung anzustreben.

Zur Erreichung einer zukunftsorientierten sowie verursachungsgerechten Netzentgeltverrechnung ist jedenfalls auch in den kommenden Jahren eine Erhöhung der Grund-/Leistungsanteile erforderlich.

2.2 Zu § 5 Abs. 1 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke (Z8) vs. Netznutzungsentgelt für Regelreserve (Z9)

In den bisherigen Systemnutzungsentgelte-Verordnungen stimmen die Netznutzungsentgelte für Pumpspeicherkraftwerke und Regelreserve überein. Diese Systematik wurde seitens ECA auch in den Erläuterungen zur SNE-VO 2015 wie folgt begründet: „Da Anbieter von Regelernergie die gleiche Dienstleistung wie Pumpspeicherkraftwerke zur Erbringung von Regelernergie erbringen, nämlich Energie aus dem Netz entnehmen, wird das Entgelt in gleicher Höhe verrechnet“.

Die nunmehrige Abweichung der Arbeitspreise für Pumpspeicherkraftwerke und Regelreserve widerspricht allerdings der oben angeführten Vorgehensweise. Zudem ist anzumerken, dass eine unterschiedliche Arbeitspreisverrechnung für Pumpspeicherkraftwerke und Regelreserve zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führt sowie eine weitere Komplexität bei der Verrechnung der Netzentgelte mit sich bringt.

Bezüglich Ausweitung der Regelreserve auch auf die Netzebene 7 ist anzumerken, dass die praktische Umsetzbarkeit erst mit der Ausrollung von intelligenten Messgeräten (Smart Meter und somit der Verfügbarkeit von ¼-h Messwerten) realisierbar ist und wird daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns abgelehnt.

Im Sinne einer verursachungsgerechten Kostentragung ist betreffend Regelenergie (system- aber nicht netzdienlich) anzuführen, dass diese ausschließlich vom Regelzonenführer benötigt bzw. abgerufen wird und somit auch die gesamte verrechnungstechnische Abwicklung mit dem Regelenergieanbieter bzw. Regelreserveerbringer vom Regelzonenführer durchzuführen ist. Die beim Regelzonenführer entstehenden zusätzlichen Kosten sind sodann über die Netznutzungsentgelte der NE1 bzw. NE2 weiter zu verrechnen. Demnach erachten wir es als nicht sachgemäß, dass der Verteilernetzbetreiber für die Erbringung neg. Regelreserve Anreize in Form von niedrigen Netzentgelten zu bieten hat.

Jedenfalls ist anzumerken, dass die Netzentgeltverrechnung mit dem Regelenergieanbieter und der Datenaustausch mit dem Regelzonenführer (insbesondere auch bei der Ausweitung auf die NE7) einen beträchtlichen Zusatzaufwand für Verteilernetzbetreiber darstellt, welcher in der aktuellen Kostenbasis und somit für die gesamte 4. Regulierungsperiode (2019-2023) nicht abgebildet ist und somit zu einer Kostenunterdeckung für Verteilernetzbetreiber führt. Diese Mehrkosten stehen in keiner Relation zu der Ersparnis der Netzkunden über reduzierte Netzentgelte für die Regelreserve, wodurch der volkswirtschaftliche Nutzen fraglich erscheint.

2.3 Zu § 10 Abs. 4 „Entgelt für Messleistung – intelligente Messgeräte“ (Z6)

Die Möglichkeit ein „Intelligentes Messgerät“ durch den Netzbenutzer zur Verfügung zu stellen ist zu streichen. Eine Integration eines vom Netzkunden beigestellten „Intelligenten Messgerätes“ in das geschlossene System der Netzbetreiber ist aus Sicherheitsaspekten jedenfalls abzulehnen.

2.4 Zu § 11 „Entgelte für sonstige Leistungen – tägliche Fernauslesung eines Lastprofilzählers § 16a EIWOG 2010“ (Z1)

Im Entwurf der SNE-VO 2018 wurden die Entgelte für tägliche Fernauslesung eines Lastprofilzählers gestrichen. In den Erläuterungen wurde dies mit der erforderlichen Gleichstellung von Lastprofil-gezählten Kunden mit Smart Meter Kunden begründet.

Dabei ist allerdings anzumerken, dass es bei Wegfall dieses Entgeltes zu einem massiven Anstieg der gewünschten täglichen Fernauslesungen bei Lastprofilzählern kommen kann, was aus Sicht der Netzbetreiber zu einem enormen Mehraufwand (Systemanpassungen, etc.) führen würde.

2.5 Zu § 11 Abs. 1 „Entgelte für sonstige Leistungen - gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen gem. § 16a ElWOG 2010“ (Z5)

Die Einführung eines sonstigen Entgeltes für die Dienstleistung des Netzbetreibers in Bezug auf die Verrechnung und Aufteilung der Erzeugungs- und Verbrauchsanteile für teilnehmende Berechtigte von gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen gemäß § 16a ElWOG 2010 ist jedenfalls zielführend, da damit der daraus resultierende zusätzliche Aufwand für Netzbetreiber verursachungsgerecht an den Netzbenutzer weiterverrechnet werden kann.

Grundsätzlich ist allerdings anzuführen, dass die im Begutachtungsentwurf angeführte Höhe der Entgelte (20 Euro für die erstmalige Einrichtung sowie für jede weitere Änderung des Aufteilungsschlüssels bzw. 50 Cent/Monat für den laufenden Aufwand - u.a. Datenverwaltung, Datenbearbeitung) zu gering angesetzt ist und somit keine Kostendeckung für Netzbetreiber ermöglicht. Demnach wird zumindest eine Verdoppelung der einzelnen Entgelte vorgeschlagen.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass der zusätzliche Aufwand für Netzbetreiber in Bezug auf gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen in der anerkannten Kostenbasis seitens ECA für die 3. Regulierungsperiode (bis 2018 – Kostenprüfungsbasis 2011) als auch für die gesamte 4. Regulierungsperiode (ab 2019 – Kostenprüfungsbasis 2016/2017) nicht enthalten ist. Gleichzeitig werden allerdings die Sonstigen Entgelte im Regulierungskonto seitens ECA berücksichtigt, wodurch Mehrerlöse aus der Verrechnung des Aufwands für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen automatisch kostenbasismindernd berücksichtigt werden. Dadurch kann der gegebene Zusatzaufwand für Netzbetreiber nicht durch zusätzliche Erlöse gedeckt werden.

Zur sachgerechten Abbildung des zusätzlichen Aufwands für Netzbetreiber in Bezug auf gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen sind demnach bis zum Ende der 4. Regulierungsperiode die daraus resultierenden zusätzlichen Erlöse aus der Verrechnung der entsprechenden Sonstigen Entgelte bei der Ermittlung des jährlichen Regulierungskontos und somit der jährlich anerkannten Netzkostenbasis nicht zu berücksichtigen.

3 Schlussbemerkung/Antragstellung

Auf Grundlage der Ausführungen wird um eine entsprechende Berücksichtigung der angeführten Punkte bei der zu erstellenden Endfassung der SNE-VO 2018 ersucht bzw. wird diese beantragt.

Graz, am 17.11.2017

Energienetze Steiermark GmbH



(DI Dr. Franz Strepfl)



(DI (FH) Manfred Pachernegg)